

GASTKOMMENTAR

von Dietrich Murswiek

Der Verfassungsschutz verhindert zunehmend Kritik an der deutschen Regierung, statt die Verfassung zu schützen. Er beschädigt damit die Demokratie

Der Fall Maassen macht deutlich, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz als Gesinnungspolizei agiert. Unter dem Vorwand, die Demokratie retten zu wollen, begeht man Diffamierung.

189 Kommentare →

08.01.2025, 05.40 Uhr ⌚ 6 min



Bundesverfassungsschutz im Fokus: Wer Kritik verbieten will, liefert einen Anhaltspunkt dafür, die Meinungsfreiheit und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung abzulehnen.

Christoph Hardt / Imago

Seit rund einem Jahr beobachtet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seinen früheren Chef Hans-Georg Maassen. Im November 2023 wurde der ehemalige Präsident des BfV als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Die

Begründung, die das BfV dafür gibt, zeigt beispielhaft, wie der Verfassungsschutz, statt die Verfassung zu schützen, in zunehmendem Masse die Regierung und die sie tragenden Parteien gegen Kritik schützt.

Der Verfassungsschutz darf eine Organisation beobachten. Vorausgesetzt, es gibt Anhaltspunkte dafür, dass diese Organisation verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt, also die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einen ihrer Bestandteile – das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip oder die Menschenwürdegarantie – beseitigen will. Er darf aber nicht Gesinnungen verfolgen, sondern nur Aktivitäten, die auf die Beseitigung der Verfassungsgrundlagen gerichtet sind.

Wie der Verfassungsschutz dennoch als Gesinnungspolizei agiert, lässt sich exemplarisch am Fall Maassen zeigen. Unter seinem Nachfolger Thomas Haldenwang hat das BfV Hans-Georg Maassen unter Rechtsextremismusverdacht gestellt und beobachtet ihn.

Das BfV wirft Maassen vor, das Demokratieprinzip und «die Menschenwürde» beseitigen beziehungsweise ausser Geltung setzen zu wollen. Die Argumentation des BfV, mit der es die Verfassungsfeindlichkeit von Äusserungen Maassens belegen will, ist an etlichen Stellen grotesk falsch. Sie belegt nicht verfassungsfeindliche Aktivitäten, sondern kritisiert eine politisch inkorrekte Gesinnung.

Das Argument der Menschenwürde will Kritik an der Politik verhindern

Beispielsweise hat Maassen gesagt, dass mit der grossen Zahl von Migranten Menschen aus anderen Kulturen nach Deutschland kämen, «die ganz anders sozialisiert sind». In arabischen Kulturen werde Gewalt auch als ein probates Mittel der Konfliktlösung angesehen. «Die jungen Menschen, die zu uns kommen, kennen unsere Normen nicht [. . .], bringen ihr Wertverständnis, ihre Konfliktlösungsmechanismen nach Deutschland, und wir sehen die Konsequenzen tagtäglich bei Messerstechereien.»

Das hält das BfV für menschenwürdewidrig, weil Maassen sich «rassistischer

Stereotype» bediene und «die Höherwertigkeit der eigenen gegenüber der Minderwertigkeit der anderen Gruppe und Kultur» zum Ausdruck bringe.

Maassen hat auf etwas hingewiesen, worauf hinzuweisen früher als politisch inkorrekt verpönt war. Seit den Messermorden von Solingen und Mannheim wird dies aber auch in vielen Medien als Tatsache dargestellt: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalitätsentwicklung sowie zwischen Kriminalitätsentwicklung und kulturell-sozialer Prägung der Täter. Indem das BfV den Hinweis auf solche Kausalitäten als rassistisch und rechtsextrem verunglimpft, versucht es, eine kritische Betrachtung derartiger Zusammenhänge und entsprechende Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung zu tabuisieren.

«Verfassungsschutzrelevante Delegation des Staates»

Nach Ansicht des BfV betreibt Maassen auch «demokratiefeindliche Agitation». Er äussere sich, so das BfV, «diffamierend und herabwürdigend gegenüber der demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik, ihren Repräsentanten sowie den Parteien und dem Parteiensystem im Allgemeinen». Diese «ständigen Verunglimpfungen» bewirkten laut BfV, «dass das Vertrauen in das demokratische System der Bundesrepublik erheblich unterminiert und von Grund auf erschüttert» und «die Legitimität staatlicher Repräsentanten nicht nur infrage gestellt», sondern diese «delegitimiert» würden. Auf diese Weise wolle Maassen das Demokratieprinzip beseitigen.

Die – oft heftige – Polemik Maassens wendet sich aber nicht gegen das Verfassungssystem Deutschlands, sondern gegen die konkrete Politik der Regierung und der Parteien. Er polemisiert gegen den «Ökosozialismus», gegen «eine kleine fanatische politische Clique, die auch die Medien beherrscht, die hoch ideologisiert völlig beseelt sind von der Richtigkeit ihres Handelns und die anderen Menschen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben». Maassen spricht von «totalitärem Sozialismus» und bezeichnet die Vertreter der «neuen Klimareligion» als «Grüne Khmer» oder «grüne Taliban», die Deutschland in einen «ökototalitären Musterstaat» verwandeln wollten.

Das ist eine zum Teil sehr überzogene Kritik. Aber es ist nicht Kritik an der freiheitlich-demokratischen Ordnung des Grundgesetzes, sondern an

freiheitsfeindlichen Tendenzen in der Politik. Das BfV meint nun, Maassen stelle die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit der chinesischen Kulturrevolution und der Terrorherrschaft der Roten Khmer auf eine Stufe, ziehe so die demokratische Legitimität zumindest der Grünen-Abgeordneten im Bundestag infrage und verharmlose die Menschheitsverbrechen der Roten Khmer und der chinesischen Kulturrevolutionäre.

Aber wer von «Grüner Khmer» redet, setzt die Grünen nicht mit den Roten Khmer gleich, sondern vergleicht sie. Er macht mit diesem polemischen Begriff auf eine Gemeinsamkeit aufmerksam, die er zu entdecken vermeint, nämlich auf das Sendungsbewusstsein, den Wahrheitsanspruch und den Willen, die eigenen politischen Ziele auch mittels massiver staatsdirigistischer Freiheitseinschränkungen durchzusetzen. Dass Maassen behaupten wolle, die Grünen hätten – wie die Roten Khmer oder Mao – Millionen von Menschen umgebracht oder planten dies, lässt sich seinen Ausführungen auch bei kritischer Betrachtung nicht entnehmen.

Es gibt von dieser Kategorie etliche weitere Beispiele im Fall Maassen. Das BfV behauptet, Vergleiche seien Gleichsetzung, und konstruiert auf diese Weise eine angebliche Delegitimation des freiheitlichen Staates, wo Maassen offensichtlich die Intention verfolgt, den freiheitlichen Staat gegen unfreiheitliche Bestrebungen zu verteidigen.

Vorwürfe ohne Beweise

Wo er nichts beweisen kann, beginnt der Verfassungsschutz auch schon einmal zu phantasieren. Das BfV sagt nicht, Maassen sei ein Antisemit. Damit vertrüge sich nicht, dass Maassen ständig den importierten Antisemitismus kritisiert. Aber das BfV behauptet, er verbreite «antisemitische Narrative und Topoi». Er nutze «tradierte antisemitische Erzählmuster und Assoziations- und Argumentationsketten». Er greife auf «klassische, mehr oder weniger codierte, antisemitische Stereotype» zurück und bediene und fördere dadurch antisemitische Ressentiments. Begründet wird dies damit, dass Maassen vor einem neuen Totalitarismus warne, der durch verbündete sozialistische und globalistische Kräfte angestrebt werde. Die politische Ideologie einer Verschmelzung der vormals sozialistischen Linken mit dem Wirtschaftsliberalismus bedrohe und zersetze nach Maassens Meinung die westlichen Gesellschaften und Staaten. Dieser Prozess sei seiner Ansicht nach

von «Pseudolinken» und kleinen «globalen Vermögenseliten» beziehungsweise «Wirtschaftsglobalisten» getragen, die eine «neue Weltordnung» schaffen wollten.

Das sind kulturkritische Äusserungen, über die man streiten kann. Aber warum soll das antisemitisch sein? Weil das Narrativ, es gebe eine global agierende, mächtige und vermögende Elite, die Politik und Medien beeinflusst, um Macht und Vermögen zu erlangen, deckungsgleich mit antisemitischen Erzählungen sei und daher, so das BfV, «auch ohne explizite Benennung von Juden als Akteuren im Hintergrund eindeutig als antisemitisch erkennbar» sei.

Wie soll Maassen sich gegen eine solche Argumentation eigentlich wehren? Was der Verfassungsschutz ihm vorwirft, ist ein Antisemitismus ohne Juden. Er spricht von «globalen Vermögenseliten», die bestimmte Ziele verfolgten und die er für schädlich hält. Es ist naheliegend anzunehmen, dass er sich dabei auf Schriften von Klaus Schwab bezieht und auf das World Economic Forum (WEF). Darf man das, was diese Leute in Schriften und Reden propagieren, nicht kritisieren?

Indem das BfV eine Parallele zu «antisemitischen Erzählungen» konstruiert, versucht es, Kritik an der Agenda des WEF unmöglich zu machen. Aber Kritik an allem, was weltweit politisch geschieht, muss in einer demokratischen und offenen Gesellschaft möglich sein. Nicht der Kritiker «globalistischer Eliten» ist ein Verfassungsfeind, sondern derjenige, der ihm die Kritik verbieten will, liefert einen Anhaltspunkt dafür, die Meinungsfreiheit und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung abzulehnen.

Diffamierung schadet dem politischen Diskurs

Manches, was Maassen in den letzten Jahren gesagt hat, mag man für befremdlich halten und seine Partei, die Werteunion, für chancenlos. Darum geht es hier nicht. Es geht darum, dass der Verfassungsschutz mit seiner Diffamierung von Sprachmustern und Begriffen als angeblich rechtsextrem den politischen Diskurs beschädigt. Statt zu untersuchen, ob jemand die Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beseitigen oder beschädigen will, prüft das BfV, ob jemand in seiner politischen Rhetorik Versatzstücke verwendet, die auch von Rechtsextremisten verwendet werden. Das reicht dann

aus, um ihn als Rechtsextremisten zu diffamieren.

Der Verfassungsschutz als Diffamierungsinstitution – so delegitimiert er sich selbst.

Dietrich Murswiek war bis zu seiner Emeritierung Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg im Breisgau. Er ist Autor des Buches «Verfassungsschutz und Demokratie» (2020).

189 Kommentare

I. F. vor 5 Tagen

Nur meine Meinung: Frau Dr. Merkel hat jeden der ihre DDR 2.0 nicht mittragen wollte, abserviert. Diese Sozialistin hat sich in die CDU eingeschlichen, weil das die stärkste Partei war in der sie ihren Traum vom Ende Westdeutschlands so nach und nach verwirklichen konnte. Die Wessis sind ihr nicht alle auf den Leim gegangen! Mit einer Überflutung an antidemokratischen Muslimen die sich niemals integrieren werden, machte sie unser Land kaputt. Viele hier lebende Muslime, die sich hier ein Leben aufgebaut haben, sind auf Merkel hat nicht gut zu sprechen! Als Hans Georg Maassen die Tatsachen benannte, wurde er diffamiert und abgesägt, auf die schamloseste verleumderische Weise, die man sich kaum ausdenken kann. Und jetzt setzt sich diese Frau hin, klopft mit ihrem Buch sich auf die Schulter: " wir schaffen das". Ja, das ist nicht zu übersehen!

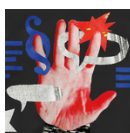
[110 Empfehlungen](#)

Aljosa Colombo vor 5 Tagen

Die Stasi Methoden mit denen Kramer in Thüringen gegen die AFD vorging sollen hier nicht unerwähnt bleiben. Die falsche Brandmarkung der Afd als gesichert rechtsextrem (in Thüringen) geht in grossen Teilen auf die extrem dubiosen Vorgänge innerhalb der Behörde hervor. Gutachten wurden bewusst ignoriert, Mitarbeiter eingeschüchtert, unlauter auf Journalisten eingewirkt etc. - ich empfehle jedem die Apollo Recherche diesbezüglich zu lesen. Haarsträubend. Der Verfassungsschutz wurde schon lange komplett zweckentfremdet zu einem politischen Instrument gegen die unliebsame AFD.

[101 Empfehlungen](#)

Alle Kommentare anzeigen

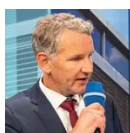


INTERVIEW

«Was heutzutage als Hass und Hetze bezeichnet wird, ist grossteils erlaubt»: Juraprofessor warnt vor staatlicher Einschüchterung

Der Verfassungsrechtler Gerd Morgenthaler über Meinungsfreiheit, Hausdurchsuchungen wegen Lappalien und das neue Disziplinarrecht, das deutsche Beamte der Willkür ihrer Vorgesetzten ausliefert.

Fatima Keilani, Berlin, Olivia Meyer (Illustration) 01.01.2025 ⌚ 6 min



Die AfD wird als «gesichert rechtsextremistisch» bezeichnet – ist die Einschätzung des Verfassungsschutzes neutral?

Laut dem Inlandgeheimdienst sind Landesverbände und Jugendorganisation der Alternative für Deutschland gesichert rechtsextrem. Doch an dieser Einordnung gibt es auch Zweifel.

Beatrice Achterberg, Berlin 03.09.2024 ⌚ 3 min



DER ANDERE BLICK

von Alexander Kissler, Berlin

Schrille Meinungen sind noch kein Fall für den Verfassungsschutz

Der Inlandgeheimdienst sammelt Material gegen Hans-Georg Maassen. Er beteiligt sich so am «Kampf gegen rechts», büsst seine Glaubwürdigkeit ein und verstärkt die gesellschaftliche Polarisierung.

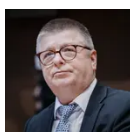
01.02.2024 ⌚ 3 min



Der Verfassungsschutz greift in die Meinungsfreiheit ein: Ein Verlag soll staatliches Fördergeld zurückzahlen

Der Lau-Verlag bekam in der Corona-Zeit 7500 Euro Druckkostenzuschuss für Martin Wageners Buch «Kulturkampf um das Volk». Drei Jahre später soll er das Geld zurückgeben, weil das Buch verfassungsfeindlich sei.

Fatima Keilani, Berlin 21.06.2024 ⌚ 4 min



«Eine äusserst bedenkliche Entwicklung»: Deutsche Verfassungsrechtler warnen vor einem entfesselten Inlandgeheimdienst

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, wehrt sich gegen Kritik an seiner Behörde. Doch seine Argumentation überzeugt Experten nicht, im Gegenteil.

Morten Freidel, Berlin 02.04.2024 ⌚ 3 min



vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.